Das politische Umfeld der Strommarktliberalisierung : um Klimaschutz und Öko-Strom wird heftig gerungen

Autor(en): **Wenger, Susanne**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Curaviva : Fachzeitschrift**

Band (Jahr): **80 (2009)**

Heft 4: **Energie : wie die Stromkosten gesenkt werden können**

PDF erstellt am: **29.04.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-804879

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Das politische Umfeld der Strommarktliberalisierung

Um Klimaschutz und Öko-Strom wird heftig gerungen

Werden auch Privathaushalte in den freien Strommarkt eintreten können? Braucht die Schweiz ein neues Atomkraftwerk? Auf welche erneuerbare Energie soll man setzen? Wie lassen sich Treibhausgasemissionen reduzieren? Energie- und klimapolitisch gibt es einige Streitfelder.

Susanne Wenger

Die Schweizer Stimmbevölkerung hält den Service public hoch. Das zeigte sich 2002, als ein erster Anlauf zur Liberalisierung des Strommarkts scheiterte: Fast 53 Prozent lehnten den Gesetzesentwurf ab. Befürchtungen vor einer reduzierten Versorgungssicherheit und rasanten Preisanstiegen als Folge einer raschen Strommarktöffnung überwogen. Zudem wurden Anreize zur Förderung erneuerbarer Energien und zu mehr Energieeffizienz vermisst. Bundesrat und Parlament arbeiteten danach eine zweite Vorlage aus. Für die Schweiz als wichtige Stromdrehscheibe in Europa sei eine Abschottung vom liberalisierten europäischen Strommarkt kaum denkbar, hiess es. Doch diesmal trugen die Behörden den Bedenken in der Bevölkerung Rechnung und bauten Leitplanken in das Gesetz ein. Das Referendum wurde nicht ergriffen, das neue Stromversorgungsgesetz trat 2008 in Kraft.

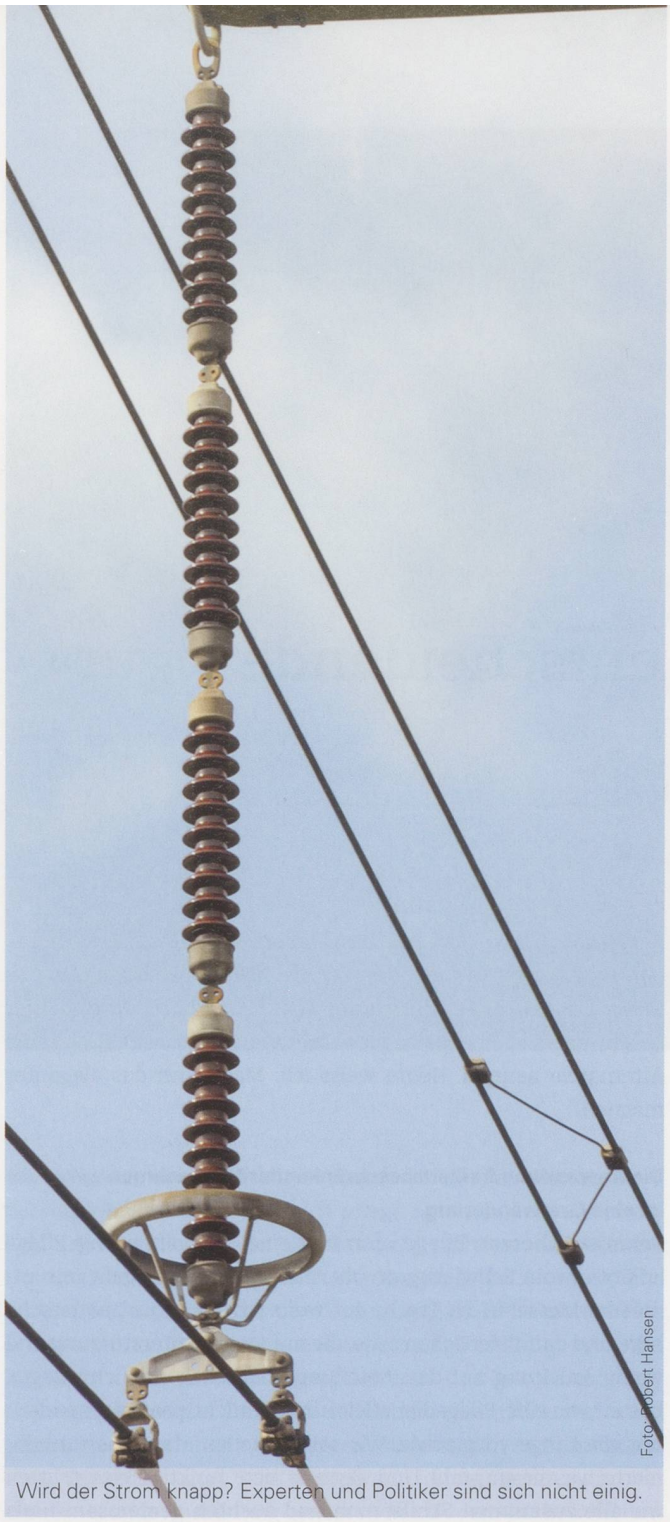
Begehrter Fördertopf

Dabei wurde das Tempo der Liberalisierung gedrosselt. In einem ersten Schritt können seit Anfang Jahr Grossverbraucher ihren Stromlieferanten frei wählen. Die Grenze liegt bei mindestens 100 Megawattstunden jährlichem Stromverbrauch, das betrifft gegen 50 000 Unternehmen. Theoretisch jedenfalls, denn faktisch nutzten bisher nur wenige die neue Wahlfreiheit (siehe auch Artikel auf Seite 10). Erst 2014 sollen auch kleine Firmen und Privathaushalte den Zutritt zum freien Markt erhalten. Der zweite Öffnungsschritt unterliegt dem fakultativen Referendum. Um die Grundversorgung sicherzustellen, wurde ein Anschlussrecht der Konsumenten in allen Regionen zu einem angemessenen Preis ins Gesetz aufgenommen. Die Eidgenössische Elektrizitätskommission (Elcom) wacht als Regulationsbehörde mit Verfügungsrecht über Versorgung und Preisentwicklung.

Der Strom soll zudem vermehrt nach ökologischen Gesichtspunkten produziert werden. Im zeitgleich revidierten Energiegesetz wurde deshalb festgelegt, dass die Schweiz bis ins Jahr 2030 die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien um mindestens 5,4 Milliarden Kilowattstunden erhöht. Das entspricht rund 10 Prozent des heutigen Stromverbrauchs. Seit diesem Jahr wird dafür eine Förderabgabe auf dem Strompreis von maximal 0,6 Rappen pro Kilowattstunde erhoben, die kostendeckende Einspeisevergütung (KEV). Mit jährlich rund 250 Millionen Franken wird damit Strom aus Wind, Sonne, Biomasse, Geothermie und Kleinwasserkraft gefördert. Das Interesse an diesem Fördertopf für grünen Strom ist riesig, bereits gibt es lange Wartelisten. Bundesrat Moritz Leuenberger hat das Bundesamt für Energie beauftragt, bis Mitte Jahr Lösungsvorschläge zur Zukunft der KEV zu erarbeiten.

Bundesrat greift ein

Doch nicht nur die ökologisch motivierte Lenkungsabgabe verteuert den Strompreis. Bedenken, die Strommarktliberalisierung führe zu massiv höheren statt tieferen Preisen, schienen sich letzten Herbst voll und ganz zu bestätigen, als die Stromanbieter Preiserhöhungen von bis zu 25 Prozent bekannt gaben – Empörung wallte auf, und bei der Elcom gingen rund 2500 Reklamationen ein. Der Bundesrat reagierte schnell und revidierte im Dezember die Stromversorgungs-Verordnung, noch ehe sie in Kraft trat. So dürfen den Endkonsumenten ab diesem Frühling weniger Kosten für das Halten von Energie-Reserven für den Fall eines Blackouts belastet werden als vorgesehen. Weiter reduziert der Bundesrat die



Wird der Strom knapp? Experten und Politiker sind sich nicht einig.

Gewinne, welche die Stromversorger durch die Aufwertung ihrer Netze erzielt haben. Im März gab dann die Elcom das Resultat ihrer Überprüfungen bekannt: Die Regulationsbehörde verpflichtete rund 40 Netzbetreiber dazu, die Tarife für die Benützung ihrer Übertragungsnetze zu senken. Die angekündigten Strompreiserhöhungen im Gesamtumfang von rund einer Milliarde Franken sollen um durchschnittlich 40 Prozent gemildert werden.

Die durch politische Kompromisse gezähmte Marktöffnung könne noch nicht ihre erwünschte Wirkung entfalten, kritisieren bürgerliche Liberalisierungsbefürworter. Die Skeptiker auf der linken Seite hingegen sehen sich in ihren Befürchtungen bestätigt, dass die Liberalisierung primär den Gewinnen der Elektrizitätswerke diene. Bereits wurde vorsorglich mit dem Referendum gegen die zweite Phase der Marktöffnung gedroht. Experten weisen daraufhin, dass sich für die Zukunft eine Verknappung des Stroms abzeichne, was die internationalen Marktpreise weiter erhöhen werde. Schon heute ist der Preis pro Kilowattstunde auf dem europäischen Strommarkt deutlich höher als der Strompreis, den Schweizer Elektrizitätswerke den Privathaushalten verrechnen. Deshalb dürften sich Schweizer Konsumenten von einer Liberalisierung kaum tiefere Preise erhoffen.

Benzin verteuern?

In der Energie- und Klimapolitik der Schweiz laufen auch weitere interessante Auseinandersetzungen. Eine der umstrittensten ist zweifellos die Frage, ob die Schweiz neue Atomkraftwerke braucht. Bereits haben die drei Stromkonzerne BKW, Axpo und Atel Rahmenbewilligungsgesuche für den Ersatz ihrer AKW in Mühleberg (BE), Beznau (AG) und Gösgen (SO) eingereicht. Die AKW-Betreiber rechnen ab 2020 mit einer markanten Stromlücke. Die Wirtschaft, die bürgerlichen Parteien und die Standortgemeinden begrüssen die AKW-Pläne. Auf der anderen Seite haben sich die Atomkraftgegner bereits national in der partei- und verbandsübergreifenden Allianz Stopp Atom zusammengeschlossen und vorsorglich das Referendum gegen Neubauten angekündigt. Sie stellen die Stromlücke in Abrede, verweisen auf das ungelöste Endlagerproblem für radioaktive Abfälle und sehen das «Atomloch» – ab 2020 müssen die ältesten AKW der Schweiz aus Sicherheitsgründen vom Netz – als Chance, stärker auf erneuerbare Energien zu setzen.

Gestritten wird ebenfalls um die Frage, wie die Schweiz ihren Treibhausgas-Ausstoss reduzieren soll. Seit 2008 werden Heizöl und andere fossile Brennstoffe durch eine CO_2-Abgabe moderat verteuert. Unternehmen können sich von der Abgabe befreien, indem sie sich beim Bund zu einer Begrenzung ihrer CO_2-Emission verpflichten. Im Rahmen des festgelegten Begrenzungsziels erhalten sie dann jährlich Emissionsrechte, die gehandelt werden können: Haben die Unternehmen ihr Reduktionsziel erreicht, können sie die verbleibenden Gutschriften verkaufen oder umgekehrt durch den Zukauf von Emissionsgutschriften allfällige Ziellücken schliessen. Heftig umstritten ist die Frage, ob auch auf fossile Treibstoffe – Benzin, Diesel – eine Lenkungsabgabe erhoben werden soll. Bisher gibt es erst den freiwilligen Klimarappen der Erdölbranche. Der Bundesrat hat Ende 2008 zwei Varianten in die Vernehmlassung geschickt. Mit der ersten Variante würden bis zum Jahr 2020 20 Prozent CO_2-Emissionen vor allem im Inland eingespart, bei der zweiten Variante beträgt das Reduktionsziel 50 Prozent – primär erreicht durch den Kauf von Klimazertifikaten im Ausland. Die Obergrenze für eine CO_2-Abgabe hat der Bundesrat mit 30 Rappen festgelegt. Mit einem Teil der Einnahmen könnte ein Gebäudesanierungsprogramm finanziert werden. Umweltverbänden, SP und Grünen sind die bundesrätlichen Vorschläge zu dürftig. Sie machen Druck mit einer Volksinitiative, die eine mindestens 30-prozentige Reduktion der Treibhausgasemissionen bis 2020 verlangt, und zwar ausschliesslich im Inland. Dieses ambitionierte Ziel soll durch eine effizientere Nutzung der Energie sowie durch Förderung von erneuerbaren Energien erreicht werden. So will man auch verhindern, dass der Klimaschutz zu einem Argument für die Atomkraft wird.